

Wind soll für 7200 Haushalte wehen

Das Windparkprojekt auf dem Lindenberg nimmt Form an. In Hitzkirch steht noch eine Abstimmung bevor.

L4-2,29.5.20

Fabienne Mühlemann

Fünf Windenergieanlagen sollen auf dem Lindenberg entstehen – vier auf der Aargauer Seite bei Beinwil im Freiamt und eine auf der Luzerner Seite im Hitzkircher Dorfteil Müswangen. Die Windpark Lindenberg AG, welche für das Projekt auf der Aargauer Seite zuständig ist, hat kürzlich Resultate der Windmessungen veröffentlicht.

Diese zeigen: Mit den vier geplanten Anlagen könnten rund 7200 Haushalte versorgt werden. David Gautschi, Geschäftsleiter der Windpark Lindenberg AG, sagt: «Das ist ein solides Resultat.»

Wichtiger sei jedoch gewesen, die saisonale Verteilung zu erkennen. Denn gemäss der Eidgenössischen Elektrizitätskommission braucht die Schweiz für die Versorgungssicherheit mehr Winterstrom. «Die Messung zeigt, dass der Windpark rund zwei Drittel der Energie im Winter liefern wird», sagt Gautschi. Die Windmessungen auf dem Lindenberg wurden über sechs Jahre hinweg durchgeführt.

Finale Form des Projekts 2022 erwartet

Im Spätsommer 2020 soll es zur Phase der öffentlichen Mitwirkung kommen, sobald die Dossiers an die kantonalen Behörden übergeben worden sind. «Da ist geplant, Poster mit den Untersuchungsergebnissen und den aufliegenden Berichten in Beinwil in einer Ausstellung zu präsentieren», sagt Gautschi. Zur Mitwirkung seien alle interessierten Personen eingeladen. Das Projekt soll voraussichtlich in einem Jahr zur abschliessenden Prüfung eingereicht werden.



Schon realisiert: Die Windkraftanlage Lutersarni der CKW in Entlebuch.

Bild: Pius Amrein (25. August 2015)

den. In seiner finalen Form, über das die Bevölkerung von Beinwil dann abstimmen kann, wird es voraussichtlich 2022 vorliegen.

So weit die Planung des Projekts auf Aargauer Seite. Für die Anlage auf dem Hitzkircher Gebiet ist die Windenergie Lindenberg AG verantwortlich. Sie plant seit 2007 eine Anlage. Initiant Herbert Birrer sagt, dass das Projekt aufgrund der Initiative der Windradgegner aktuell

auf Stand-by stehe. Diese hatte der Verein Pro Lindenberg im November 2019 eingereicht. Zum Schutz des Naherholungsgebiets sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass in den Grundbuchperimetern Müswangen, Hämikon und Sulz keine Windkraftanlagen erstellt werden dürfen. Die Initiative wurde mittlerweile vom Gemeinderat für gültig erklärt. Der Abstimmungstermin sei noch

nicht festgelegt, so Rebekka Renz, Gemeinderätin Ressort Bau, Umwelt, Wirtschaft von Hitzkirch.

Dass an der Gemeindeversammlung über die Initiative abgestimmt wird, sieht Birrer als Nachteil. «Das Thema ist sehr emotional. Die Gegner werden eine Menge Personen für die Abstimmung mobilisieren können.» Vermutlich würden grundsätzlich mehr Hitzkircher das

IG Aufwind gegründet

Hitzkirch Zur Unterstützung des geplanten Windrads bei Müswangen wurde jüngst eine Interessengemeinschaft gegründet. Der IG ist es wichtig, die Chancen der Windenergienutzung aufzuzeigen. «Die Gegner sind laut. Aber ich habe gemerkt, dass viele im Stillen das Projekt unterstützen. Für diese wollen wir eine Plattform bieten», sagt Initiant Josef Schuler. Momentan zählt die IG zehn Mitglieder. Die IG will das Bewilligungsverfahren des Projekts und die Gemeindeinitiative der Windkraftgegner mit Informationen begleiten. «Es sind sehr viele Emotionen und zu wenig Fakten bei dieser Abstimmung im Spiel. Letzteres wollen wir ändern», so Schuler. (fmi)

Projekt befürworten als ablehnen. «Doch diese werden nicht extra an die Gemeindeversammlung gehen», vermutet Birrer. Würde die Initiative abgelehnt, hat das Hitzkircher Stimmvolk bei der dafür nötigen Umzonung dennoch die Möglichkeit, über das Projekt zu entscheiden.

Der Gemeinderat hat sich bis jetzt noch nicht geäussert, wie er zum Projekt steht. «Wir haben uns insbesondere für demokratische Mitspracherechte unserer Stimmbewölkerung eingesetzt und eine transparente Kommunikation von Seiten von Beinwil eingefordert», so Rebekka Renz. Es sei noch nicht geklärt, inwiefern sich die Gemeinde bei der öffentlichen Mitwirkung beteiligen werde.